Verfassungsbestimmungen, allgemeine Unterrichts- und Spezialgesetze

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz**

Band (Jahr): **15/1901 (1903)**

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-14816

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sofern der Raum es gestattet, kann der Pflegling die ihm angehörenden Möbel in die Anstalt mitnehmen.

Art. 9. Beim Tode eines Pfleglings setzt die Verwaltung der Anstalt die nächsten Angehörigen desselben in Kenntnis und trifft die Vorkehren zur Beerdigung.

Die Beerdigungskosten, einschliesslich der Transportkosten, wenn die Leiche von den Angehörigen aushin verlangt wird, werden aus der Hinterlage oder aus dem Werte des übrigen Nachlasses des Pfleglings gedeckt. Der Überschuss wird den Erben desselben verabfolgt.

Art. 10. Der Pflegling ist jederzeit berechtigt, das Asyl zu verlassen; einmal ausgetreten kann er aber nicht wieder Aufnahme finden. Der leitende Ausschuss kann jedoch Abwesenheiten bis auf zwei Monate aus der Anstalt erlauben.

Art. 11. Der Pflegling, welcher seine bürgerlichen Rechte verliert, die Anstaltsordnung häufig übertritt, sich einer schlechten Aufführung schuldig macht oder Unordnungen in der Anstalt veranlasst, kann ausgewiesen werden. Der Ausweisungsbeschluss kann nur in einer Kommissionssitzung und nach Anhörung des Pfleglings gefasst werden. In dringenden Fällen ist der leitende Ausschuss befugt, vorsorgliche Massnahmen zu treffen.

Art. 12. Jede Beschädigung des unbeweglichen oder beweglichen Vermögens der Anstalt fällt zu Lasten derjenigen, die sie verursacht haben.

Art. 13. Der Pflegling verpflichtet sich durch seinen Eintritt zur Unterwerfung unter gegenwärtiges Reglement, sowie unter die von der Verwaltungskommission aufgestellte Hausordnung. Von beiden wird ihm ein Exemplar zugestellt.

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen.

I. Verfassungsbestimmungen, allgemeine Unterrichts- und Spezialgesetze.

1. 1. **Gesetz betreffend die Vereinigung der Tierarzneischule mit der Hochschule Zürich.** (Angenommen in der Volksabstimmung vom 2. Juni 1901.)

§ 1. Die Tierarzneischule in Zürich wird mit der kantonalen Hochschule verbunden und bildet als veterinär-medizinische Fakultät eine selbständige Fakultät derselben, in der Reihenfolge die vierte.

§ 2. Die veterinär-medizinische Fakultät hat in der Regel vier Professuren.

§ 3. Die für die Hochschule geltenden allgemeinen Vorschriften finden auch auf die veterinär-medizinische Fakultät, ihre Lehrer und Schüler, Anwendung.

§ 4. Der Regierungsrat erlässt die erforderlichen besondern Verordnungen betreffend die veterinär-medizinische Fakultät, sowie betreffend den Tierspital auf anderweitige Hülfsanstalten.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit Beginn der Sommersemesterkurse der Hochschule im Frühjahr 1902 in Kraft.

Durch dasselbe werden alle widersprechenden Bestimmungen früherer Gesetze und Reglemente aufgehoben, insbesondere das Gesetz betreffend die Tierarzneischule vom 5. Juli 1885 und das bezügliche Reglement vom 16. März 1889.

2. 2. Gesetz betreffend den Anfang des Schuljahres an der Kantonsschule und die Erweiterung der technischen Abteilung der obern Gewerbeschule um ein Sommersemester im Kanton Solothurn. (Angenommen in der Volksabstimmung vom 10. Februar 1901.)

§ 1. Das Schuljahr an der Kantonsschule beginnt im Frühling.

§ 2. Die Schulzeit der technischen Abteilung der obern Gewerbeschule wird um ein Sommersemester verlängert.

§ 3. Die Durchführung dieses Gesetzes hat im Frühling des Jahres 1902 zu erfolgen.

§ 4. Alle Bestimmungen, welche mit diesem Gesetze in Widerspruch stehen, sind aufgehoben.

§ 5. Dieses Gesetz tritt nach Annahme durch das Volk mit der amtlichen Publikation des Abstimmungsresultates in Kraft.

---

3. 3. Beschluss des Kantonsrates von Solothurn betreffend Anstellung eines kantonalen Schulinspektors. (Vom 30. November 1900.)

Der Kantonsrat von Solothurn, in Vervollständigung seines Beschlusses vom 28. September 1888 betreffend die Vereinigung des Lehrerseminars mit der Kantonsschule, in Ausführung des Art. 81 litt. B Ziffer 10 der Verfassung, auf Vorschlag des Regierungsrates,

beschliesst:

§ 1. Zur Erfüllung der Aufgaben, welche das Primarschulgesetz vom 27. April 1873 (§§ 59 und 60) den ehemaligen Seminarlehrern in Bezug auf die Aufsicht über die Volksschulen überbunden hat, wird ein kantonaler Schulinspektor mit dem Gehalte eines Professors der Kantonsschule angestellt.

§ 2. Der Regierungsrat wird die nähern Aufgaben und Befugnisse des kantonalen Schulinspektors durch ein Pflichtenheft bezeichnen.

---

4. 4. Beschluss des Kantonsrates von Solothurn über ein Initiativbegehren betreffend die Anstellung eines kantonalen Schulinspektors. (Vom 12. März 1901.)

Der Kantonsrat von Solothurn, nach Einsicht eines von 4538 Initianten gestellten Volksbegehrens und eines bezüglichen Berichtes des Regierungsrates vom 8. März 1901, nach Anleitung von Art. 18 der Staatsverfassung,

beschliesst:

1. Das Volksbegehren, es sei der Beschluss des Kantonsrates vom 30. November 1900 betreffend die Anstellung eines kantonalen Schulinspektors aufzuheben, wird als rechtsgültiges Initiativbegehren im Sinne von Art. 18 der Staatsverfassung in Behandlung gezogen.

2. Der Beschluss des Kantonsrates betreffend die Anstellung eines kantonalen Schulinspektors vom 30. November 1900 wird aufgehoben.

3. Das Initiativbegehren betreffend die Anstellung eines kantonalen Schulinspektors wird als durch vorstehenden Beschluss erledigt erklärt.

---

5. 5. Gesetz über die Festsetzung der Primarlehrergehalte im Kanton St. Gallen. (In Kraft getreten am 30. Dezember 1901.)

Der Grosse Rat des Kantons St. Gallen, in Ausführung des Art. 67 des Gesetzes über das Erziehungswesen vom 8. Mai 1862; in Revision des Gesetzes über Festsetzung der Primarlehrergehalte vom 15. Januar 1877 und desjenigen über Alterszulagen an die Volksschullehrer vom 27. Juni 1892,

verordnet als Gesetz:

Art. 1. Die Minimalgehalte der Primarlehrer sind, der Jahresbeitrag der Schulgemeinden an die Lehrerunterstützungskasse und bisherige Personalzulagen mit inbegriffen, festgesetzt wie folgt:

A. An Halbjahrschulen mit 26 Wochen Unterricht im Winter und je eintägiger Repetir- und Ergänzungsschule im Sommer, wobei $^2/_3$ des Gehaltes auf den Winter und $^1/_3$ auf den Sommer entfallen: *a.* für Lehramtskandidaten und nicht definitiv patentirte Lehrer auf Fr. 900, — *b.* für definitiv patentirte Lehrer auf Fr. 1000.

Wenn der Erziehungsrat Halbjahrschulen von anderer als der oben bezeichneten Organisation zulässt, wird er den Lehrergehalt in jedem einzelnen Falle bestimmen.

B. An Dreivierteljahrschulen und Jahrschulen: *a.* für Lehramtskandidaten und nicht definitiv patentirte Lehrer auf Fr. 1300, — *b.* für definitiv patentirte Lehrer auf Fr. 1400.

Art. 2. Der Staat leistet überdies an die Lehrer und Lehrerinnen Gehaltszulagen, und zwar: *a.* an Lehrer und Lehrerinnen mit 6—10 Dienstjahren Fr. 100 jährlich, — *b.* an Lehrer und Lehrerinnen mit 11—15 Dienstjahren Fr. 200 jährlich, — *c.* an Lehrer und Lehrerinnen mit 16 und mehr Dienstjahren Fr. 300 jährlich.

Bei der Berechnung des Dienstalters zählen nur die auf Grund eines Lehrerpatentes im st. gallischen aktiven Schuldienste verbrachten Jahre. Hievon sind diejenigen Lehrer ausgenommen, welche bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits im aktiven kantonalen Schuldienste stehen und für welche ihre gesamten Dienstjahre in Berechnung kommen.

Art. 3. Die Minimalgehalte der Lehrerinnen betragen an allen Arten von Schulen $^3/_4$ von denjenigen der Lehrer; hievon abweichende Vereinbarungen sind nur in Ausnahmefällen zulässig und bedürfen der Genehmigung des Erziehungsrates.

Art. 4. Die Schulgemeinden sind verpflichtet, den Lehrern resp. Lehrerinnen ausser obigem Gehalte entweder eine angemessene Wohnung anzuweisen oder eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende Wohnungsentschädigung zukommen zu lassen.

Über die Höhe der letztern entscheidet der Ortsschulrat, wobei dem Lehrer jedoch der Rekurs an den Bezirksschulrat offen steht. Letzterer entscheidet endgültig.

Art. 5. Der Staat leistet den bedürftigeren Schulgemeinden nach Massgabe ihres Steuerfusses zur Deckung der Defizite der Jahresrechnung Beiträge.

Art. 6. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit 1. Januar 1902 in Kraft. Durch dasselbe werden aufgehoben das Gesetz über die Festsetzung der Primarlehrergehalte vom 15. Januar 1877, sowie dasjenige über Alterszulagen an die Volksschullehrer vom 27. Juni 1892, so weit es die Primarlehrer an öffentlichen Schulen und Anstalten betrifft.

---

6. 6. Decreto legislativo in punto alle Scuole di ripetizione nel cantone Ticino. (13 novembre 1901.)

Art. 1. Tutti i giovani che hanno frequentato solamente la scuola primaria ed i corsi di scuola maggiore, o provenienti da istituti esteri, sono obbligati a seguire, fino a 18 anni compiuti, un corso di ripetizione della durata minima di 180 ore e massima di 240, da ripartirsi sopra tre o quattro anni.

§. L'Ispettore di Circondario potrà, previo esame, esentuarne i giovani in possesso della licenza di scuola maggiore o provenienti da istituti esteri.

Art. 2. La tenuta e la direzione di questi corsi sono affidate a singoli docenti muniti di patente di scuola elementare o maggiore, sotto la sorveglianza dell'Ispettore di Circondario.

Art. 3. I docenti vengono annualmente designati dal Consiglio di Stato e ricevono dalla Cassa dello Stato una indennità non superiore a fr. 100.

Art. 4. Il Comune dove la scuola si tiene ne fornisce gratuitamente il locale ed il suppellettile scolastico.

§. Per le spese di riscaldamento e di illuminazione il Comune stesso riceve un'equa indennità dallo Stato entro i limiti dell'art. 6.

Art. 5. La designazione del numero delle scuole di ripetizione, delle località ove saranno tenute e del programma delle medesime sono di spettanza del Consiglio di Stato.

§ 1. Nella formazione dei relativi Circondari il Consiglio di Stato avrà cura di non comprendervi dei Comuni distanti più di un'ora di cammino dalla sede dalla scuola.

§ 2. I giovani tenuti alla frequentazione di una scuola hanno facoltà di farsi inscrivere in una diversa, mediante accordo coll'Ispettore di Circondario.

Art. 6. È assegnato al Consiglio di Stato un credito annuo di fr. 13,000, di cui fr. 10,000 al massimo per gli effetti dell'art. 3 et di fr. 3000 al massimo per gli effetti dell'art. 4.

Art. 7. Il decreto legislativo 6 maggie 1885 per l'istituzione di un corso scolastico preparatorio per i reclutandi è mentenuto in vigore.

Art. 8. Il presente decreto entrerà in vigore decorsi i termini per l'esercizio del *Referendum*.

---

7. 7. **Decreto sulle Scuole di Ripetizione nel cantone Ticino.** (11 gennajo 1902.)

Art. 1. Le scuole di ripetizione sono organizzate e ripartite come all'annesso prospetto: la località indicata per la prima, in carattere grasso, è ritenuta sede della scuola.

§. Una scuola non dovrà contare, di regola, più di 40 scolari.

Art. 2. Le materie che devono essere insegnate nelle scuole di ripetizione sono: lettura a senso con spiegazione; composizione; aritmetica mentale e scritta; civica; geografia e storia svizzera.

§ 1. Il maestro, nell'impartire questo insegnamento, terrà per base il programma delle scuole primarie e quello per gli esami delle reclute, moderando le proprie esigenze secondo le condizioni intellettuali della classe.

§ 2. Le lezioni dovranno essere contenute in 60 ore annue, delle quali ore 20 saranno per la lettura e la composizione, 20 per l'aritmetica mentale e scritta, e 20 per la civica, geografia e storia svizzera.

Art. 3. Le scuole di ripetizione sono obbligatorie, in conformità dei dispositivi dell'articolo 1° del citato decreto legislativo. (13 novembre 1901.)

§. L'età dei giovani obbligati a frequentarle sarà calcolata come per i fanciulli tenuti alla scuola primaria (art. 52 della legge sul riordinamento generale degli studi, 14 maggio 1879 — 4 maggio 1882), vale a dire dal 1° ottobre di ciascun anno.

Art. 4. All'apertura dei corsi, l'Ispettore scolastico di Circondario terrà l'esame previsto dal decreto legislativo, art. 1, §, per la dispensa dai corsi stessi a quei giovani che vi avessero diritto. L'esame sarà fatto sul programma delle materie d'insegnamento nel 3° anno di scuola maggiore. Gli individui che non sono in grado di presentare l'attestato di licenza da una scuola maggiore pubblica, ovvero un certificato equipollente d'aver compiuto gli studi della terza classe di un ginnasio o di una scuola tecnica cantonale, non saranno ammessi all'esame, e dovranno frequentare la scuola di ripetizione.

§. Si potrà pure concedere la dispensa a quei giovani che frequentassero regolarmente scuole serali, istituite da società private, purchè esse scuole abbiano una durata corrispondente ed un programma d'insegnamento che comprenda le materie prescritte per le scuole di ripetizione.

Art. 5. I giovani inscritti in una scuola di ripetizione dovranno frequentarla regolarmente: ogni mancanza ingiustificata sarà punita con una multa di 50 centesimi, che sarà inflitta ed esatta nei modi stabiliti dall'art. 58 della legge sul riordinamento generale degli studî.

§ 1. La multa potrà essere inflitta anche per casi d'indisciplina, di disobbedienza e d'insubordinazione.

§ 2. In caso di recidiva, qualunque sia la mancanza, la multa potrà essere raddoppiata. Nei casi più gravi, l'Ispettore scolastico potrà ordinare anche l'arresto del colpevole, fino a 24 ore, da effettuarsi per mezzo del Commissario distrettuale di Governo, sempre ritenuta la multa.

Art. 6. La frequenza alle scuole di ripetizione sarà notata su appositi registri e sopra libretti-certificati, che verranno distribuiti ad ognuno degli scolari. Questi libretti saranno conservati dai singoli individui, per essere presentati insieme con quelli della scuola elementare, all'esame pedagogico federale.

Art. 7. Entro il mese d'ottobre di ciascun anno, le Municipalità spediranno in duplo all'Ispettore scolastico di Circondario l'elenco dei giovani obbligati a frequentare le scuole di repetizione, allestito in modo conforme alle istruzioni annesse ai formulari per l'elenco medesimo.

Art. 8. L'Ispettore di Circondario verificherà detti elenchi e, riscontratili esatti, vi darà la sua approvazzione, restituendone una copia approvata alle singole Municipalità, alle quali notifichera pure nel tempo istesso le istruzioni necessarie circa il luogo e il tempo in cui i corsi di ripetizione saranno tenuti.

Art. 9. In base alle istruzioni dell'Ispettore scolastico di Circondario, le Municipalità diffideranno a presentarsi alla scuola di ripetizione tutti gli obbligati, per mezzo di speciale comunicazione scritta a ciascun individuo, rammentando nella medesima l'obbligatorietà del corso e le punizioni riservate ai renitenti.

Art. 10. Le Municipalità hanno, di regola, verso i giovani tenuti a frequentare le scuole di ripetizione, quegli stessi doveri che loro incombono quanto ai fanciulli obbligati alla scuola primaria.

§. Ove si verificasse che le Municipalità mancarono ai loro doveri verso gli stessi, potrà essere questo un titolo di trattenuta del sussidio erariale alle scuole primarie del rispettivo Comune.

Art. 11. Per la tenuta delle scuole e per il loro orario, l'Ispettore scolastico di Circondario sceglierà il tempo più opportuno per le diverse località, sentite all'uopo anche le autorità comunali.

Art. 12. Entro il mese di ottobre di ogni anno, l'Ispettore presenterà al Dipartimento della Pubblica Euducazione i nomi dei docenti per le diverse scuole: di regola, egli farà la sua scelta fra i maestri del Comune che è sede della scuola o fuori di esso; l'elezione potrà cadere anche su docenti non in esercizio, e quando in una data località mancassero i maestri capaci, si potrà far capo, in via eccezionale, anche alle maestre.

Art. 13. A fine di accertarsi che tutto vi proceda regolarmente, l'Ispettore scolastico visiterà le scuole di ripetizione ogniqualvolta lo sarà necessario. Egli farà sull'andamento delle stesse, circostanziati rapporti al Dipartimento della Pubblica Educazione.

Art. 14. Il Comune che e sede della scuola fornirà alla stessa gratuitamente il locale e la suppellettile scolastica: fornirà pure legna e lumi, dietro una indennità proporzionata alla somma fissata dalla legge per tale scopo.

Art. 15. Le Autorità del Comune, dove si tiene la scuola, hanno, di fronte alla stessa, i medesimi doveri, quanto alla sorveglianza, alle visite, ecc., che loro incombono per le scuole primarie. Occorrendo però di applicare delle multe, ecc., a uno scolaro che non sia del Comune, ne daranno aviso alla Municipalità del Comune, cui egli appartiene, la quale procederà immediatamente agli atti necessari.

Art. 16. Ogni scolare dovrà provvedere a sua spesa l'occorrente par le lezioni ed il libro di testo che sarà indicato per la scuola dal Dipartimento dalla Pubblica Educazione.

Art. 17. Il presente decrete entra immediatamente in vigore e il Dipartimento della Pubblica Educazione è incaricato di farlo eseguire.

Disposizione transitoria.

Articolo unico. Visto che la stagione per la tenuta delle scuole di ripetizione, specie in alcuni circondari, è già inoltratà; allo scopo di guadagnar tempo, gli Ispettori scolastici sono autorizzati ad ordinare la immediata apertura delle scuole, laddove lo trovano necessario, ad eleggere i docenti, notificandone il nome al Dipartimento di Educazione, ordinando ogni cosa in base al presente decreto e alle istruzioni del prefato Dipartimento.

Prospetto dell'ordinamento delle Scuole di Ripetizione.

Circondario I.

1. Arzo, Tremona e Meride. — 2. Balerna. — 3. Cabbio, Monte, Casima e Muggio. — 4. Caneggio, Morbio-Superiore, Sagno e Bruzella. — 5. Castel S. Pietro e Salorino. — 6. Chiasso e Pedrinate. — 7. Coldrerio. — 8. Ligornetto. — 9. Mendrisio. — 10. Morbio-Inferiore e Vacallo. — 11. Navazzano e Genestrerio. — 12. Rancate e Besazio. — 13. Stabio.

Circondario II.

14. Arogno. — 15. Barbengo, Carabbietta e Grancia. — 16. Bidogno, Corticiasca, Lopagno Superiore e Roveredo. — 17. Brè. — 18. Calprino, Pazzallo, Noranco e Pambio. — 19. Canobbio, Porza e Savosa. — 20. Carona e Carabbia. — 21. Castagonla e Gandria. — 22. Colla (al Maglio), Bogno, Certara, Cimadera, Piandera ed Insone. — 23. Lugano. — 24. Massagno e Vezia. — 25. Melano, Maroggia e Rovio. — 26. Melide e Bissone. — 27. Morcote, Brusino-Arsizio e Vico-Morcote. — 28. Pregassona, Cureggia e Viganello. — 29. Riva S. Vitale e Capolago. — 30. Signôra, Scareglia e Colla. — 31. Sonvico (alla frazione di Dino), Villa, Cadro e Davesco. — 32. Tesserete, Lugaggia, Campestro, Cagiallo e Lopagno Inferiore.

Circondario III.

33. Agno, Neggio, Cimo e Vernate. — 34. Aranno ed Iseo. — 35. Bedigliora, Curio, Beride e Biogno. — 36. Bioggio, Bosco e Manno. — 37. Breno, Fescoggia, Vezio, Mugena ed Arosio. — 38. Cademario. — 39. Caslano e Magliaso. — 40. Croglio. — 41. Cureglia, Comano ed Origlio. — 42. Montagnola, Gentilino ed Agra. — 43. Monteggio. — 44. Muzzano, Breganzona, Biogno e Sorengo. — 45. Novaggio e Miglieglia. — 46. Ponte-Tresa e Pura. — 47. Sala, Vaglio e Ponte-Capriasca. — 48. Sessa ed Arstano.

Circondario IV.

49. Ascona e Losone. — 50. Brissago. — 51. Gerra-Gambarogno, Caviano, Casenzano, S. Abbondio, e Vairano. — 52. Gerra-Verzasca, Brione, Frasco e Sonogno. — 53. Gordola e Contra. — 54. Indemini. — 55. Locarno, Muralto e Solduno. — 56 Mergoscia. — 57. Minusio, Brione e Orselina. — 58. Ronco s/Ascona. — 59. Terricciuole. — 60. Vira-Camborogno, Magadino e Piazzogna. — 61. Vogorno, Corippo e Lavertezzo.

Circondario V.

62. Bosco Valle Maggia. — 63. Campo Valle Maggia. — 64. Cerentino e Niva di Campo. — 65. Cevio, Linescio, Bignasco et Cavergno. — 66. Comologno. — 67. Crana. — 68. Fusio. — 69. Intragna. — 70. Maggia, Lodano, Moghegno, Aurigeno e Gordevio. — 71. Menzonio, Brontallo et Broglio. — 72. Mosogno, Russo, Berzona, Loco et Auressio. — 73. Pallagnedra, Rasa e Borgnone. — 74. Peccia e Prato. — 75. Someo, Giumaglio e Coglio. — 76. Tegna, Avegno, Verscio e Cavigliano. — 77. Vergeletto e Gresso.

Circondario VI.

78. Arbedo, Lumino, Gorduno e Molinazzo di Bellinzona. — 79. Bellinzona e Ravecchia. — 80. Bironico, Rivera e Camignolo. — 81. Cadenazzo, Contone, Robasacco, St. Antonino. — 82. Cugnasco e Gudo. — 83. Daro. — 84. Giubiasco, Camorino e Pianezzo (meno Paudo). — 85. Isone e Medeglia. — 86. Lamone, Gravesano, Bedano e Cadempino. — 87. Monte-Carasso, Carasso e Sementina. — 88. St. Antonio e Paudo frazione di Pianezzo. — 89. Torricella (alla fraz.e di Taverne) Sigirino e Mezzovico.

Circondario VII.

90. Biasca e Iragna. — 91. Campo-Blenio e Ghirone. — 92. Claro, Gnosca, Preonzo e Moleno. — 93. Leontica (alla frazione di Comprovasco) Dongio, Corzoneso, Ponto-Valentino, Marolta, Castro, Prugiasco et Lottigna. — 94. Malvaglia, Semione e Ludiano. — 95. Olivone, Aquila, Torre, Grumo e Largario. — 96. Osogna, Lodrino e Cresciano.

Circondario VIII.

97. Airolo. — 98. Bedretto (alla frazione di Villa). — 99. Bodio, Giornico, Personico e Pollegio. — 100. Cavagnago, Sobrio, Anzonico e Calonico. — 101. Chironico. — 102. Faido, Osco, Mairengo, Calpiogna, Campello, Rossura e Chiggiogna. — 103. Prato-Leventina e Dalpe. — 104. Quinto.

---

8. s. **Loi instituant à Genève un Technicum.** (Du 22 juin 1901.)

Art. 1er. Sous le nom de Technicum, il est créé une institution d'instruction professionnelle destinée à préparer pour les industries du bâtiment et le génie civil, pour les industries de la mécanique et de l'électrotechnique, des chefs de service, conducteurs et inspecteurs de travaux, géomètres, dessinateurs, chefs monteurs possédant les connaissances théoriques et techniques indispensables à l'exercice de leur profession.

Art. 2. Le Technicum comprend deux sections: *A.* Construction et génie civil. — *B.* Mécanique et électrotechnique.

Art. 3. Le programme de la section *A* s'étend sur cinq semestres et comporte les branches suivantes:

Algèbre, géométrie, trigonométrie, géométrie descriptive, éléments de géométrie analytique, physique générale et physique industrielle; mécanique; hydraulique.

Statique graphique; notions sur les applications de l'électrotechnique aux constructions et au génie civil; géodésie; minéralogie et géologie; chimie et technologie chimique; connaissance des matériaux; résistance des matériaux; notions de construction en maçonnerie et en bois; constructions métalliques.

Terrassements et constructions de routes, canaux et chemins de fer; dessins de plans, projets de devis; comptabilité de la construction; législation et hygiène en matière de construction.

Art. 4. Le programme de la section *B* s'étend sur une période de six semestres et comprend les branches suivantes:

Algèbre, géométrie, trigonométrie, géométrie descriptive, géométrie analytique, physique et chimie générales, physique et chimie industrielles; mécanique; statique graphique.

Connaissance et résistance des matériaux; théorie des machines; électrotechnique; constructions métalliques et grosse chaudronnerie; exercices de constructions; dessins de plans, projets et devis; travaux de laboratoire.

Art. 5. Le Technicum fait suite à l'Ecole professionnelle. Pour y être admis, il faut avoir quinze ans révolus et présenter un bulletin d'examen satisfaisant de la deuxième année de l'Ecole professionnelle ou justifier d'une instruction équivalente.

Le règlement fixe les conditions d'admission des externes.

Art. 6. L'enseignement est gratuit pour les Suisses; les étrangers payent un droit d'inscription fixé par le règlement.

Art. 7. Les élèves qui se sont distingués par leur travail, leurs aptitudes et leur conduite peuvent être mis au bénéfice d'une bourse pour les aider dans leurs études.

Art. 8. Le Technicum reconnaît comme élèves réguliers non seulement ceux qui suivent tous les cours prévues au programme, mais aussi ceux qui, occupés dans l'industrie ou dans les bureaux d'architectes et d'ingénieurs, ne peuvent consacrer à leur instruction qu'un temps limité, et par conséquent, doivent étendre leurs études sur un certain nombre d'années.

Toutefois les élèves de cette deuxième catégorie seront astreints à suivre les cours dans l'ordre où ils figurent au programme.

Art. 9. Le travail des élèves est contrôlé par des épreuves périodiques et des examens annuels.

Art. 10. Un diplôme est accordé aux élèves qui ont parcouru le programme du Technicum et qui se sont distingués par leur travail et le résultat de leurs examens.

Ce diplôme portera une mention spéciale pour ceux qui justifieront en outre d'un stage fait soit dans une école pratique, soit dans une usine, un atelier ou un chantier.

Art. 11. Le Technicum est placé sous la direction du directeur de l'enseignement professionnel, assisté d'une commission de neuf membres, dont quatre seront nommés par le Conseil d'Etat et cinq par le Grand Conseil.

Art 12. Chaque section est dirigée par un doyen chargé de la discipline et de la surveillance de l'enseignement.

Art. 13. Les professeurs reçoivent un traitement calculé à raison de 200 à 400 francs par année pour une heure de leçon par semaine.

Art. 14. L'année scolaire comprend quarante à quarante-cinq semaines d'études à raison de trente-cinq à quarante heures de leçons par semaine.

Art. 15. Le règlement détermine l'organisation de l'école.

II. Verordnungen, Beschlüsse und Kreisschreiben betreffend das Volksschulwesen.

9. 1. **Normalien für Erstellung neuer Schulhäuser im Kanton Bern.** (Vom 1. Februar 1901.)

I. Lage und Umgebung.

Das Schulhaus soll auf einem trockenen Platze und womöglich in der Mitte der Schulgemeinde stehen. Bei der Auswahl der Baustelle ist die Nachbarschaft von Sümpfen und andern stehenden Gewässern, von Kirchhöfen und Düngstätten, sowie die Nähe geräuschvoller Plätze und Strassen, ferner lärmender, luftverderbender oder stauberregender Gewerbe, endlich jede Umgebung zu vermeiden, welche die Zwecke des Unterrichtes stören oder die Gesundheit bedrohen könnte.

Das Schulgebäude sollte nach allen vier Seiten hin frei liegen. Der Platz muss hinreichende Grösse haben für das Schulgebäude und den Turnplatz; ein möglichst grosser Umschwung ist ausserdem wünschenswert.

Die Entfernung des Schulhauses von den nachbarlichen Gebäuden soll auf der Südseite $1^1/_2$ mal die Höhe dieser Gebäude betragen und nach den andern Seiten wenigstens einmal diese Höhe. (Die Haushöhe stets nur vom Boden bis zum Hauptgesims gemessen.)